

## Der Deal von Doha – ein Friedensabkommen?

Afghanistan zwischen Krieg und Frieden

Hans-Joachim Gießmann

Am 29. Februar 2020 setzten der US-Sonderbotschafter für Afghanistan, Zalmay Khalilzad, und der Verhandlungsführer der Taliban, Mullah Abdul Ghani Baradar, ihre Unterschriften unter ein Dokument, das von einigen hoffnungsvoll als Friedensabkommen bezeichnet, von anderen als schlecht verhandelte Übereinkunft oder gar Kapitulation betrachtet und von den Taliban als wichtigstes Zeugnis des eigenen Sieges gefeiert wurde. Jede dieser drei Interpretationen ist richtig und falsch zugleich.

Das Abkommen von Doha könnte ein erster manifester Schritt in Richtung einer dauerhaften Regelung für Frieden in Afghanistan werden. Nach mehr als 40 Jahren Krieg und täglicher Gewalt ist die Sehnsucht nach einem Ende des Krieges in weiten Teilen der afghanischen Gesellschaft stark. Das gilt auch für Teile der Taliban, die sich nach der Rückkehr in ihre angestammten Gebiete nach Freizügigkeit sehnen. Die USA und ihre Verbündeten in der NATO sind eines Verbleibs ihrer militärischen Unterstützung auf unbestimmte Dauer überdrüssig – auch, weil sich die Sicherheitslage nicht nachhaltig verbessert. Die Mission konnte zudem weder eine Zunahme der Flüchtlingszahlen noch des Drogenhandels verhindern. Gewachsen ist aber allerorten das Bewusstsein, dass es für die verschlungenen Konflikte Afghanistans keine militärische Lösung geben kann. Jeder Schritt, der das Land einer gewaltfreien Konflikttransformation näherbringt, ist deshalb zu begrüßen.

Kann aber eine Vereinbarung ein kluger und richtiger Schritt für den Auftakt eines Friedensprozesses sein, wenn die darin enthaltenen Regelungen nur die Interessen der an den Verhandlungen unmittelbar Beteiligten berücksichtigen, nicht aber die Interessen des afghanischen Volkes und seiner gewählten Regierung? Ist es nicht anmaßend, dass die USA und die Taliban für sich in Anspruch nehmen, für die afghanische Regierung und die politischen Parteien mitzuentcheiden, diese aber weder zu befragen noch zu beteiligen? Weder die USA noch die Taliban hatten das Mandat – und beide hatten auch nicht die Absicht, andere afghanische Akteure in den insgesamt neun Monate andauernden

Verhandlungsprozess in Katar einzubeziehen. Für die Trump-Administration ging es in erster Linie um den gefahrlosen Abzug der 12.000 US-Soldaten aus Afghanistan und eine bilaterale Zusicherung der Taliban, von afghanischem Territorium aus operierende dschihadistische Terrorzellen nicht zu unterstützen. Das Hauptziel der Taliban bestand bei diesen Verhandlungen darin, den militärischen Schutzschirm für die afghanische Regierung, die als Marionettenregime der USA angesehen wird, – so rasch wie möglich zu beseitigen. Zwar beinhaltete die Vereinbarung auch das Einverständnis der Taliban zu intra-afghanischen Verhandlungen und zur Gewaltreduzierung, jedoch erwiesen sich das eine wie das andere in den ersten Wochen nach dem Abkommen nicht als wirksam. Die Frage nach der Friedensperspektive lässt sich nach der bilateralen Vereinbarung von Doha also nicht klar beantworten.

### Der Doha-Deal – eine Kapitulation vor den Taliban?

Das Hauptziel der Taliban, die ausländischen Truppen abziehen zu lassen, ist ohne ein erkennbares verbindliches Zugeständnis ihrerseits erreicht worden. Insofern ist die Annahme einer einseitig vorteilhaften Vereinbarung für die Taliban nicht falsch. Sie beinhaltet den Abzug der US-Truppen aus Afghanistan binnen 14 Monaten. Die Trump-Administration hat klar gemacht, dass sie an diesem Zeitplan festhalten will – unabhängig davon, welche Fortschritte in den intra-afghanischen Verhandlungen erzielt werden.<sup>1</sup> Es ist unabdingbar, dass mit den US-Truppen auch alle anderen militärischen Einheiten der NATO-Mission *Resolute Support*, darunter auch die Bundeswehr, das Land verlassen, weil allein die USA über die erforderliche Ausstattung (u.a. Logistik, Nachrichten, Versorgung) für den Unterhalt einer solch komplexen Mission verfügen. Diese bleibt somit unvollendet: Die Taliban kontrollieren weite Teile des Flächenlandes; auch in den Städten gibt es keine Sicherheit vor Raketenangriffen, Autobomben und Selbstmordanschlägen. Endet *Resolute Support* ohne eine Stabilisierung der Sicherheit und sollten die intra-afghanischen Verhandlungen bis dahin nicht einen gangbaren Weg zum Frieden aufzeigen, droht im schlimmsten Fall ein neuerliches Aufflammen der Gewalt bis hin zu einem Bürgerkrieg.

1 Der Oberkommandierende der Mission *Resolute Support*, US-General Miller, kündigte am 18. März 2020 allerdings an, dass – bedingt allein durch die grassierende Corona-Pandemie – der Abzug befristet ausgesetzt werde und sich dadurch verzögern könnte.

Hinzu kommt eine Reihe weiterer ungelöster Fragen. Der US-Unterhändler hat den Taliban die sofortige Freilassung von 5.000 gefangenen Kämpfern in Aussicht gestellt, ohne dies vorab mit der Regierung abzustimmen. Präsident Ashraf Ghani hat zwar einer etappenweisen Freilassung von zunächst 1.500 Gefangenen zugestimmt, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Taliban an der versprochenen Gewaltreduzierung festhalten. Beide Seiten streiten zudem über unterschiedliche Namenslisten der Freizulassenden. Verständlich ist die Sorge aufseiten der Regierung, dass eine Rückkehr der Gefangenen in die Reihen der Kämpfer bei gleichzeitigem Abzug der internationalen Truppen das militärische Kräfteverhältnis zuungunsten der Regierung verändern könnte. Umgekehrt sehen die Taliban in fortgesetzten Angriffen auf Einrichtungen des Staates ein probates politisches Druckmittel, um ihre Ziele zu erreichen. In den sozialen Medien sieht sich die Regierung schon jetzt dem Vorwurf ausgesetzt, zuerst vor dem Druck der USA eingeknickt zu sein, um dann später vor den Taliban zu kapitulieren.

Dass durch die Vereinbarung der Weg zur Macht für die Taliban freigeräumt wird, ist aber längst nicht ausgemacht. Die afghanischen Sicherheitskräfte sind heute besser ausgebildet und ausgestattet als noch vor Monaten. Dass die Taliban zudem als Befreier willkommen geheißen werden, darf bezweifelt werden, zumal weite Teile der Gesellschaft sich in den letzten 20 Jahren verändert haben. Es mag im konfliktzerrissenen Afghanistan an kollektivem Selbstbewusstsein gegenüber den Taliban mangeln, auch nicht an Kritik am Zustand des eigenen politischen Systems. Die Islamische Republik aber gegen ein Islamisches Emirat einzutauschen, ist für die überwältigende Mehrheit der Afghanen keine wünschenswerte Alternative.

### Die Taliban vor der Machtübernahme?

Auf den ersten Blick haben die Taliban erreicht, was sie wollten: Die USA und ihre Verbündeten ziehen ab, sie selbst wurden als Verhandlungs- und Vereinbarungspartner in politischer und medialer Hinsicht stark aufgewertet, ihre Position gegenüber der Regierung und den politischen Parteien Afghanistans wurde deutlich gestärkt. Sie gehen in mögliche Verhandlungen mit der Regierung Afghanistans siegesgewiss und auf Augenhöhe, allerdings ohne ein eigenes demokratisch legitimes Mandat der Bevölkerung. In ihrem Selbstverständnis als „einzig legitime

Regierung“ Afghanistans, die im Herbst 2001 mithilfe der USA entmachtet und durch eine „Marionettenregierung“ ersetzt worden war, sehen sie in der Vereinbarung ein Siegeszeugnis, praktisch das Signal für die aus ihrer Sicht rechtmäßige Wiederauferstehung des Islamischen Emirats. Aus dieser Position heraus haben sie es bisher auch abgelehnt, mit der von ihnen als „Kabul-Administration“ bezeichneten Regierung zu verhandeln. Sie sehen sich vielmehr in einer buchstäblich „staatsmännischen“ Rolle und wollen entsprechend nur mit einer „repräsentativen“ Delegation der afghanischen Bevölkerung zusammentreffen und lediglich die Ausgestaltung ihres „Islamischen Emirats“ besprechen. Unklar ist jedoch, wie stark die Taliban tatsächlich sind und ob ihre Stärke ausreicht, die Zukunft Afghanistans zu bestimmen. Ihre militärischen Bastionen liegen in der Fläche des Landes, nicht in den größeren Städten. Mehr als die Hälfte der afghanischen Bevölkerung ist jünger als 25 Jahre. Sie kennt die Taliban-Herrschaft nur aus den Erzählungen der Eltern und aus Geschichtsbüchern – und aus den Gewaltakten gegen Staat und Zivilbevölkerung. Es ist eine Generation, die besser ausgebildet und besser vernetzt ist als alle Generationen vor ihr, eine Generation, die Frieden als Voraussetzung für soziale und berufliche Entwicklung versteht. Es ist eine Generation, in der viele Frauen und Mädchen Entwicklungschancen erhalten und verantwortungsvolle Positionen übernommen haben – Positionen, die ihnen die Taliban einst vorenthielten und ihnen auch künftig kaum zubilligen dürften.

Was den Taliban allerdings gegenwärtig in die Hände spielt, ist die tiefe Spaltung der politischen Eliten Afghanistans. Die Regierung der Nationalen Einheit zerbrach schon vor dem Ende ihrer Amtszeit. Keine Partei war bereit, einen aufrichtigen neuen Anlauf zur Nationalen Einheit zu unternehmen, welcher gerade jetzt für den Friedensprozess erforderlich wäre. Die jüngsten Präsidentschaftswahlen, und vor allem das politische Gezerre in ihrem Nachgang, haben die Spaltung in absurde Dimensionen getrieben. Nur rund 1,8 Millionen Stimmen von 13,5 Millionen stimmberechtigten Afghanen wurden für gültig erklärt. Mit einer knappen absoluten Mehrheit von 50,64 Prozent der gültigen Stimmen – nur ca. 900.000 insgesamt – wurde Ashraf Ghani von der Unabhängigen Wahlkommission zum Sieger erklärt. Gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten war das ein Stimmenanteil von weniger als zehn Prozent. Schlimmer jedoch: Die Opposition hat das Ergebnis nicht nur nicht anerkannt, sondern eine Parallelregierung gebildet. Es ist diese Spaltung, welche das Land im

Schraubstock hält, und den Taliban den Vorteil bieten könnte, sich die aus ihrer Sicht besonders willfähigen Partner herauszusuchen, um dadurch eigene Schwächen in Stärke zu verwandeln.

### Aussichten für den Friedensprozess

Die nächsten Schritte sind entscheidend: Intra-afghanische Verhandlungen müssen so schnell wie möglich beginnen, idealerweise mit einer raschen Übereinkunft zu einer kontrollierten Reduzierung der Gewalt bis hin zu einem Waffenstillstand. Dazu bedarf es für die Treffen mit den Taliban einerseits einer geschlossen handelnden afghanischen Verhandlungsdelegation. Frieden wird nach so langer Zeit des Krieges aber andererseits auch nicht allein zu „verhandeln“ sein. Ein umfassender vertrauensbildender Dialog, nach dem Muster des ersten Dialogs dieser Art im Juli vergangenen Jahres,<sup>2</sup> ist zusätzlich vonnöten, um die zerrissene Gesellschaft langsam wieder miteinander zu versöhnen – über ethnische, religiöse, tribale und lokale Grenzen hinweg. Schließlich darf sich die internationale Gemeinschaft mit dem Abzug der Truppen nicht zugleich aus dem Friedensprozess verabschieden. Eine Unterstützung Afghanistans wird zwar andere Schwerpunkte erfordern, aber keinesfalls geringer werden dürfen. Darüber hinaus ist Afghanistan aktuell in besonderer Weise durch die Coronakrise betroffen. Das ohnehin defizitäre Gesundheitssystem wird durch Zehntausende Rückkehrende aus Risikogebieten wie dem Iran zunehmend überfordert. Vielleicht aber hilft die Krise den Afghaninnen und Afghanen, zueinander zu finden, wie dies nach dem Tsunami im Jahr 2004 den Konfliktparteien in Aceh/Indonesien unter internationaler Vermittlung gelang. So oder so wird das Jahr 2020 für Afghanistan zur Wegscheide zwischen weitergehendem Krieg oder dem Beginn eines schwierigen und langen Weges zum Frieden. 🌐

2 Der erste intra-afghanische Dialog seit 2001 fand im Juli 2019 statt. Er wurde von der Berghof-Foundation konzeptionell und durch Moderation unterstützt. Vgl. <https://www.berghof-foundation.org/en/news-article/intra-afghanische-konferenz-fuer-frieden-bringt-hoffnungsschimmer-fuer-afghanistan/>.

#### Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann

geb. 1955, Director Emeritus der Berghof-Foundation, Berlin; seit 2013 Beratung für afghanische Akteure; für die Berghof Foundation beteiligt an der Vorbereitung und Durchführung der von Katar und Deutschland ausgerichteten Intra-Afghanischen Dialogkonferenz in Katar im Juli 2019

[giessmann@berghof-foundation.org](mailto:giessmann@berghof-foundation.org)

